



ALLIANZ FÜR ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT
Postfach 925, 1001 Lausanne
T +41 21 601 74 67, F +41 21 617 51 75
www.ernaehrungssouveraenitaet.ch



Uniterre
Avenue du Grammont 9, 1007 Lausanne
T +41 21 601 74 67, F +41 21 617 51 75
www.uniterre.ch

An die Medien

Lausanne, 11. April 2018

Kofferträger einer verfehlten Landwirtschaftspolitik

Unter diesem Motto mobilisieren die Allianz für Ernährungssouveränität und Uniterre vor das Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) um die verfehlte Agrarpolitik zu denunzieren und für faire Preise einzustehen.

Dienstag, 17. April 2018, 11 - 12 Uhr, Schwarzenburgstrasse 165, Bern-Liebefeld Zum internationalen Bäuerinnen- und Bauernkampftag der Via Campesina

Die Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten, Indonesien, Malaysia und der EU bedrohen die einheimische Landwirtschaft. Die Demokratie und Selbstbestimmung kommen unter die Räder einer schrankenlosen Liberalisierung des Aussenhandels! Grenzschutz ist weltweit keine Ausnahme sondern die Regel.

Das Ziel - ungehinderter Zugang zu den besten Rohstoffen zum günstigsten Preis, davon profitiert einseitig die Agroindustrie. Von jedem Franken, der im Geschäft ausgeben wird, landen 20 Rp. bei Bäuerinnen und Bauern während 80 Rp. in den Gross- und Detailhandel, Transporte und Verarbeitungsindustrie fliessen. Strukturwandel und niedriger Produzentenpreise sind politisch gewollt (Richtpreise, Schwellenpreise).

So zerstört der «Markt», mittels staatlich verordnetem Strukturwandel, drei Bauernhöfe und 6 Arbeitsplätze pro Tag in der Schweiz. Ein Verlust von 150'000 Arbeitsplätzen und 30'000 Bauernhöfen in den letzten 30 Jahren. **Wir fordern eine Stärkung der Marktmacht der Bäuerinnen- und Bauern. Wir fordern eine Abkehr vom Freihandel hin zu mehr Nähe, Regionalität, Fairness, Transparenz, Vielfalt und Nachhaltigkeit.**

Vielen Dank für ihre Veröffentlichung und freundliche Grüsse

Allianz für Ernährungssouveränität und Uniterre

Medienkontakt.

Ulrike Minkner, Vize-Präsidentin Allianz für Ernährungssouveränität, 032 941 29 34 (D/F)
Rudi Berli, Präsident Uniterre Sektion Genf, 078 707 78 83 (D/F)
Pierre-André Tombez, Präsident Allianz für Ernährungssouveränität, 079 634 54 87 (F/D)

Weitere Veranstaltungen zum 17. April 2018 auf der nächsten Seite >>

Sonntag, 15. April, 11 bis 14.15 Uhr
ZÜRICH: Wandellust, Zollikerstrasse 74

Solidaritäts-Brunch für die Initiative für Ernährungssouveränität mit Redebeiträgen von Nationalrat Balthasar Glättli, Tina Siegenthaler Solawi, Peter Kunz Getreidezüchtung, Musik mit Irene Mazza u.v.m. Bio-vegetarisches Buffet, Kollekte (Richtpreis Fr. 30.-), Vergünstigungen (AHV, IV, Studenten), Kinder Fr. 10.-. Anmeldung an brunch@uniterre.ch bis zum 10. April.

Dienstag, 17. April, 19.30 Uhr, Programmstart 20:00 Uhr
BRUGGEN (SG) Kulturraum Wartsaal Bahnhof, Stationsstrasse 22

«Ohne Bauern, ohne mich!» Keine Schweiz ohne Landwirtschaft!
Trio Spindle spielt mitreissende traditionelle Volks- und Folkmusik aus dem Appenzellerland, vermischt mit Elementen aus der ganzen Welt.
Referat von Jörg Rechsteiner, Mitinitiant der Initiative für Ernährungssouveränität
Barbetrieb mit Apérohäppchen aus lokalen Produkten. Kollekte für die Kampagne.

Dienstag, 17. April, ab 19 Uhr

TROGEN: Gasthaus zum Schäfli, Landsgemeindeplatz 9

«gad'ase», Musik die manchmal über den Säntis entschwebt. Vorher und zwischendurch ist es möglich etwas zu essen, natürlich regional mit Bio-Zutaten. Vorstellung und Diskussion der Ernährungssouveränitäts-Initiative.

Am 17. April 1996 hat die Militärpolizei in Eldorado dos Carajás, im Bundesstaat Pará in Amazonien Brasilien ein Massaker unter Bäuerinnen und Bauern der Landlosenbewegung (MST) angerichtet, dabei wurden 19 Personen getötet. Seit 2001 erinnert die Bäuerinnen- und Bauerngewerkschaft Uniterre, Mitglied von Via Campesina, mit unterschiedlichen Aktionen an dieses Massaker.

Die Allianz für Ernährungssouveränität wurde im September 2016 gegründet und ist Trägerin der Initiative für Ernährungssouveränität. Unter ihrem Dach versammeln sich rund 250 Einzelpersonen und Organisationen aus landwirtschaftlichen, kirchlichen und sozialen Bewegungen. Die Initiative für Ernährungssouveränität kommt voraussichtlich im Herbst 2018 zur Abstimmung.